

Die Wahlergebnisse.

Die am 27. v. M. vollzogenen Wahlen haben in fast 300 von den 397 Wahlkreisen endgültige Ergebnisse gehabt. Von den Gewählten gehören folgenden Parteien an:

44 den Deutschkonservativen, die zuletzt zählten . . .	59
25 den Freikonservativen (deutsche Reichspartei), die zuletzt zählten . . .	49
97 dem katholischen Centrum, das zuletzt zählte . . .	102
15 den Polen, die zuletzt zählten . . .	14
30 den Nationalliberalen, die zuletzt zählten . . .	62
2 der liberalen Gruppe, die zuletzt zählte . . .	15
24 den Sezessionisten, die zuletzt zählten . . .	23
36 der Fortschrittspartei, die zuletzt zählte . . .	28
0 den Sozialdemokraten, die zuletzt zählten . . .	8
1 den Wilden, die zuletzt zählten . . .	25
14 Protestler und Partikularisten aus Elsaß-Lothringen, die zuletzt zählten (4 erledigte Mandate) . . .	9
6 Partikularisten aus Hannover,	
3 von der süddeutschen Volkspartei, die zuletzt zählte	3

297

397

Es finden also 100 Stichwahlen statt und zwar kommen noch in dieselben: etwa 22 Deutsch-Konservative, 12 von der deutschen Reichspartei, 20 vom Centrum, 4 von den Polen, 30 von den Nationalliberalen, 18 von den Sezessionisten, einige 30 von der Fortschrittspartei, 20 von den Sozialdemokraten in die Wahl. (Nach liberaler Schätzung werden die Deutsch-Konservativen auf 56, die Frei-Konservativen auf 30, das Centrum auf nahezu 110, die Nationalliberalen auf 47, die Sezessionisten auf 41, die Fortschrittspartei auf 59 Stimmen u. s. w. kommen).

Um diese Zahlen, um das Ergebnis der Wahlen, wie es bis jetzt vorliegt, richtig zu verstehen, muß man den Ausgangspunkt der Wahlbewegung ins Auge fassen:

Die jetzige Bewegung hatte ihren Ursprung und den Grund ihres Wesens in der Zerfetzung der national-liberalen Partei durch die Abtrennung (Sezession) der nach links neigenden Mitglieder derselben; hierdurch wurde einerseits der Regierung das Wirken in Gemeinschaft mit den Liberalen unmöglich gemacht, andererseits die Hoffnung der Fortschrittspartei, allmählig die ganze liberale Partei in eine offene Gegnerschaft gegen die Regierung zu ziehen, bedeutend ernüchtert.

Einige Nachwahlen, auf welche die Fortschrittspartei alle ihre Kraft vereinigte, besonders die Wahl in Altenburg, machten bald darauf großes Aufsehen und ließen die Stimmung (nicht bloß in liberalen Kreisen) als völlig verändert erscheinen. Damals äußerte sich die fortschrittliche und mit ihr die ganze liberale Presse sehr hoffnungsvoll: die bevorstehenden Wahlen zumal sollten, wie man verkündigte, zeigen, »daß der sogenannte konservative Hauch eben so rasch verweht sei, wie er gekommen«, daß »die Wahlen von 1878 nur der Berührung für den kranken Kaiser und dem Gegensatz gegen die Sozialdemokratie, nicht aber der verkehrten Politik des Ministeriums gegolten habe, das sie für sich auszubeuten gesucht habe«. Die nächsten Wahlen würden »die wahre Stimmung des deutschen Volkes« zum Ausdruck bringen.

Zugleich wurde es immer offener, daß in dem Gegensatz gegen die Regierung die Fortschrittspartei die Führung übernahm und immer mehr den einzig thätigen Bestandtheil der Opposition bildete.

Hieraus ergab sich das erste Ziel und zugleich die Methode, die Art und Weise des Vorgehens der Regierung: sie hatte zunächst den Besitzstand von 1878 zu wahren, sie mußte aber besonders die Fortschrittspartei bekämpfen und in ihrer wahren Gestalt schildern, um die anderen Parteien und die Wähler vor Irreleitung zu hüten.

Daß jenes der Ausgangspunkt und das erste Ziel der

ganzen Wahlbewegung war, das beweist jeder Blick in die liberalen Blätter vor einigen Monaten.

Aber jede Wahlthätigkeit bringt es mit sich, daß sie nicht bloß das Errungene zu bewahren, sondern auch weitere Eroberungen zu machen sucht: die Freunde der Regierung hofften besonders eine feste, zuverlässige Mehrheit für die Pläne des Kanzlers auf dem wirtschaftlichen, sozialen Gebiete zu gewinnen.

Je mehr es zur Gewißheit wurde, daß mit der bisherigen liberalen Partei in dem Zustand, in welchem sie sich seit der Sezession befand, die Pläne, welche die Regierung für die Befestigung nationalen Wesens und für den gewerblichen Aufschwung Deutschlands als notwendig erkannt hatte, nicht durchzuführen sein würden, desto mehr mußte sie versuchen, durch Neuwahlen mehr Geneigtheit für diese Absichten auch bei den Freisinnigen in der Bevölkerung zu finden.

Dieses Streben ist für jetzt nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr hat sich die liberale Bevölkerung in dem Zwiespalt der National-Liberalen unter sich mehr auf Seiten der Sezessionisten gestellt, welche die Regierung gerade um ihrer wirtschaftlichen Politik willen, im Verein mit der Fortschrittspartei entschieden bekämpfen. Weniger als je darf daher die Regierung hoffen, ihre Entwürfe für die Neugestaltung des wirtschaftlichen Lebens des Volkes in naher Zeit mit Hilfe der liberalen Partei durchzuführen.

Alle weitergehenden Absichten der Regierung sind daher vorläufig gescheitert: es wäre müßig, jetzt zu untersuchen, welche, zum Theil augenblickliche, vorübergehende Umstände zur Unterstützung der Gegner beigetragen haben, — es handelt sich jetzt bloß um das Ergebnis, welches nicht wegzuleugnen ist.

Dagegen sind die ursprünglichen Hoffnungen der Opposition, die konservative Richtung im Volke als eine bloß zufällige Erscheinung der vorigen Wahlen darzustellen, durch die jetzigen Ergebnisse als gescheitert zu erachten. (Selbst der Altenburger Fall hat sich als das Ergebnis einer bloßen Ueberraschung herausgestellt.)

Die deutsch-konservative Partei in Preußen zumal hat auch bei den diesmaligen Wahlen im Allgemeinen ihre Stellung behauptet: einzelne Verluste werden durch anderweitige Gewinne so ziemlich ausgeglichen und nach Erledigung der Stichwahlen wird die Partei vermuthlich in alter Stärke erscheinen. Auch in einzelnen großen Städten, wo es bisher als ein vergebliches Beginnen galt, wurde ein erster Versuch gemacht, die konservativen Kräfte zu sammeln.

Die andere Partei der Konservativen, die deutsche Reichspartei (die Freikonservativen), hat dagegen leider bedeutende Verluste erlitten, und zwar theilweise (besonders in Schlesien und hier und da in Süddeutschland) an die Katholiken. Die Partei hatte bisher auch einige wesentlich katholische Kreise inne, die jedoch bei den inneren Kämpfen der letzten Jahre nicht eine unfreundliche Stellung zur Regierung einnehmen wollten und deshalb nicht Mitglieder der katholischen Partei gewählt hatten. Jetzt nun, wo wieder versöhnlichere Beziehungen zwischen Staat und Kirche zur Geltung zu gelangen scheinen und wo andererseits die katholische Partei in vielen wirtschaftlichen Beziehungen der Regierung keineswegs so schroff gegenübersteht, wie die liberalen Parteien, mithin eine katholische Wahl nicht ohne Weiteres die Bedeutung der Opposition hat, glaubte ein Theil jener Kreise zur Vertretung durch konservative Katholiken zurückkehren zu sollen.

Die katholische Partei geht wesentlich unverändert, wohl mit einigem Zuwachs aus den Wahlen hervor.

Wenn übrigens die Wahlen im Einzelnen zum Theil nachtheilig für die konservative Sache ausgefallen sind, so ist doch selbst von fortschrittlicher Seite dem konservativen Geiste der Bevölkerung insofern gebührend worden, als nicht bloß die Treue gegen das Königthum lauter als früher versichert, sondern auch das vor Kurzem von der Leitung der Fortschrittspartei

selbst ausgegebene Feldgeschrei: »Der Kanzler muß fort von seinem Plage« — jetzt verleugnet wurde.

Die frühere konservative Strömung wurde jedoch nicht ausschließlich in den eigentlich konservativen Wahlen, sondern auch darin erkannt, daß die liberalen Parteien selbst um so mehr Stärkung oder Schwächung erfuhren, je mehr oder weniger die Regierung auf ihre Unterstützung rechnen durfte. In dieser Beziehung hat sich jene Strömung nicht erhalten; vielmehr haben die Parteien nach links mehr Zuwachs gewonnen, wenn auch nicht in dem gehofften und behaupteten Maße.

Die Zersplitterung der Stimmen, welche durch die Vorgänge innerhalb der liberalen Partei und durch ihre völlige Loslösung von den Konservativen herbeigeführt wurde, machte es den Sozialdemokraten möglich, öfter als früher in die Stichwahl zu kommen, wogegen auch nicht ein sozialdemokratischer Abgeordneter ohne Weiteres gewählt worden ist. In Berlin soll, wie liberale Stimmen versichern, ein erheblicher Theil ihrer früheren Anhänger sich von ihrem Einfluß losgesagt und für die konservativen Kandidaten gestimmt haben. Insofern dies richtig ist, wäre es der schlagendste Beweis, daß in Wahrheit das beste Mittel, die Arbeiter dem verderblichen Einflusse der Sozialdemokratie zu entziehen, die Erfüllung der berechtigten sozialen Wünsche ist, wie sie von der Regierung angestrebt wird. Wenn sich die Thatsache bestätigt, würde daher die Regierung darin nur eine dringende Mahnung zum Beharren auf dem betretenen Wege finden können.

Eine besondere Beachtung haben die Wahlen in der Hauptstadt gefunden, weil hier, wie oben schon in Bezug auf die großen Städte überhaupt angedeutet, der erste ernste Versuch gemacht wurde, die seit Jahrzehnten bestehende Herrschaft der Fortschrittspartei zu brechen. Mit den eigentlich politischen Zielen vereinigten sich hier anderweitige Bestrebungen zu einer ungemein leidenschaftlichen Bewegung. Dieselbe hat für jetzt ihren Zweck nicht erreicht, die fortschrittlichen Kandidaten haben auch jetzt noch gesiegt, zum ersten Male aber erhielten ihre Gegner eine so erhebliche Zahl von Stimmen, daß die Herrschaft der Fortschrittspartei in Berlin durch den Fortgang jener Bewegung ernstlich bedroht erscheint.

Das Wahlergebnis ist im Ganzen hinter den Erwartungen der Regierung zurückgeblieben; wie sich aber die parlamentarischen Verhältnisse demnächst gestalten werden, das ist noch keineswegs zu übersehen, es hängt von der Stellung der Fraktionen unter einander und zur Regierung, es hängt von ihrer Stellung zu den einzelnen großen Fragen ab.

Die Regierung ist nach wie vor von der Heilsamkeit ihrer Bestrebungen im Interesse des Volkes überzeugt und wird auf die Verwirklichung derselben trotz der gesteigerten Schwierigkeiten fort und fort bedacht sein.

Je zerfahrenere im nächsten Reichstage die Parteien in Bezug auf alle positive Schöpfungen voraussichtlich sein werden, desto mehr wird man erkennen, daß eine wirkliche Förderung des Volkswohls nur im festen Anschlusse an die Regierung möglich ist.

Eine „wüste“ Wahlbewegung.

Man hört vielfach die Bemerkung, daß die Leidenschaften der Parteien während der nunmehr zum größeren Theile abgeschlossenen Wahlbewegung in einer Weise zum Ausdruck gekommen seien, wie sie so heftig und bitter bei der Vorbereitung früherer Wahlen nicht beobachtet worden. Namentlich ist in den der Regierung feindlichen Blättern mit der Miene größter Unschuld über die »wüste Wahlagitatio« geklagt und zugleich die Besorgniß ausgesprochen worden, daß der »Volksmoral in Deutschland« daraus die schlimmsten Folgen erwachsen können.

Es ist allerdings richtig, daß während der verflochtenen Wahlkämpfe die Gegensätze der Parteien in heftigster Weise auf einander plakten und daß demgemäß Zeitungen und Redner, welche in der vordersten Reihe des Kampfes standen, sich häufig bedenklicher Ausdrücke bedienten, um den Gegner aus dem Felde zu schlagen.

Man kann dahin gestellt sein lassen, ob sich diese Erscheinungen nicht regelmäßig bei allen Wahlen wiederholen und nur immer wieder vergessen werden; zweifellos aber ist, daß, wenn diesmal eine Partei für die Schärfe und Bitterkeit der Wahlbewegung in Ausdrücken und Handlungen verantwortlich gemacht werden kann, dies keine andere ist, als die Fortschrittspartei.

Diese Partei, welche bis in die letzten Jahre immer mehr im Rückgange begriffen war und es kaum noch zu einer nennenswerthen Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften bringen konnte, trat bei den Wahlen von vornherein als erobernde Partei auf und bediente sich zu diesem Zwecke der Mittel verzweifelt und maßlosesten Angriffs. Die Art und Weise ihrer Agitation im Lande war eine über alle Maßen rücksichtslose. Keine Anschuldigung gegen die Regierung und ihre Absichten wurde verschmäht, die »Reaktion« wurde in den grellsten Farben gemalt, die Regierung und ihre Anhänger wurden fortwährend verdächtigt und insbesondere Fürst Bismarck als »Diktator« und »Alleinherrscher« mit wahren Haß verfolgt. Der Reichskanzler wurde in der unwürdigsten Weise beschimpft und diejenigen, welche für seine Politik eintraten, mit Beinamen wie »Abenteurer«, »Charlatane«, »Heuchler« und »Betrüger« belegt.

Die Fortschrittspartei besorgte hierbei, und das ist das Wichtige, die Geschäfte aller liberalen Parteien, deren Leitung sie bald — unwidersprochen und ungehindert — für sich in Anspruch nahm. Die sogenannten Gemäßigten unter den Liberalen thaten ihrerseits wenigstens nichts Positives, um sich dieser Vormundschaft zu entziehen oder auch nur die Art und Weise des Vorgehens der Fortschrittspartei zu mildern und zu mäßigen. Sie machten niemals den Versuch, die Stellung des gemäßigten Liberalismus mit Erfolg geltend zu machen und die Fortschrittspartei in ihre Schranken zurückzuweisen.

Die Fortschrittspartei allein hat also dem Wahlkampf ihren Stempel aufgedrückt. Die Heftigkeit ihres Angriffs fand naturgemäß auf Seiten ihrer Gegner eine geziemende Erwiderung. Es mag auch von dieser Seite in der Hitze des Gefechts manches Wort gefallen sein, welches in der Erregung seine Erklärung findet und in ruhigen Zeiten nicht aufrecht erhalten werden würde.

Aber Alles, was auf dieser Seite geschah, war nur eine, wenn auch kräftige, so doch berechnete Abwehr der Formen, in welchen sich der Angriff der Fortschrittspartei bewegte.

Wenn die Volksmoral aus diesen Kämpfen nicht »geschädigt« hervorgeht, wie fortschrittliche Blätter dies besorgnißvoll andeuten, so ist das jedenfalls kein Verdienst der Fortschrittspartei. »Die Stärke des sittlichen Kerns des deutschen Stammes« hat sich in der That, wenn schädliche Elemente vorübergehend auf ihn Einfluß gewannen, bisher stets als gesund erwiesen und bewährt. Man darf das Vertrauen zu diesem Geiste hegen, daß derselbe nicht dauernd Gefallen findet an Ausschreitungen und gehässigen Uebertreibungen, sondern in dem Ebenmaß ruhiger Erwägungen und vernünftiger Gründe diejenige Richtschnur sucht, deren Leitung er unter regelmäßigen Verhältnissen am liebsten folgt. Darin liegt auch die begründete Hoffnung für die bessere Gestaltung der Zukunft!

Unser Kaiser, welcher am Dienstag (25. Oktober) in bestem Wohlsein von Baden-Baden in Berlin wieder eingetroffen war, empfing am Mittwoch (26.) den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Minister des Innern von Puttkamer.

Am Donnerstag (27.) begab sich der Kaiser, einer Einladung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin folgend, nach Ludwigslust, wo Sr. Majestät ein glänzender Empfang bereitet wurde. An den nächsten Tagen nahm der Kaiser an den Jagden bei Jasnik theil und kehrte am Sonntag (30.) nach Berlin zurück.

Am Dienstag (1. November) ließ der Kaiser in Gegenwart des Polizei-Präsidenten von Madai die Berliner Feuerwehr beim Palais desilliren. Später hielt der Vizepräsident des Staatsministeriums, Minister von Puttkamer, dem Kaiser Vortrag.